

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.12.1931 (No. 285)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Gemäldegalerie
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beiziehung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Beginn der Reparationsverhandlungen

Der Auftakt der Baseler Konferenz

W.B. Basel, 7. Dez. (Tel.) Der Beratende Sonderausschuh, dessen Einberufung die deutsche Regierung am 19. November beantragt hat, ist heute am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die nach ihrer Sitzung dem Ausschuh gemäß dem deutschen Antrag einberufen hat, zusammengetreten.

Die für 10.30 Uhr angelegte Eröffnungssitzung konnte zunächst noch nicht beginnen, da bis dahin in den privaten Besprechungen der Delegierten eine Einigung über die Frage des Vorkisses noch nicht erreicht war. Die Lösung dieser Frage scheint bisher große Schwierigkeiten verursacht zu haben. Die sieben Mitglieder des Ausschusses waren heute ziemlich früh im Gebäude der BIZ erschienen, wo sie noch einmal miteinander in Verbindung getreten sind, um sich über die Frage des Vorkisses und der Zumutung weiterer Mitglieder des Ausschusses zu besprechen. Das Interesse an der Tagung ist sehr groß und kommt in einer ziemlich starken Vertretung der ausländischen Presse zum Ausdruck.

Der Ausschuh hat die Aufgabe, wie es im Young-Plan heißt, „die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen“ und wie das deutsche Memorandum unwiderprochen betont hat, „das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller Faktoren zu untersuchen“. Der Ausschuh soll sich aber nicht auf Untersuchungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschränken, sondern den Regierungen und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Erwägung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Anwendung des Planes ergreifen werden sollten.“

Der Ausschuh wird auf Grund seiner Verhandlungen einen Bericht ausarbeiten, der den zuständigen Regierungen als Grundlage für ihre Entscheidungen ausgestellt werden wird. Die politischen Entscheidungen sind einer Regierungskonferenz vorbehalten, die nach Abschluß der Beratungen des Sonderausschusses stattfinden soll. Über die voraussichtliche Dauer der Beratungen des Ausschusses kann vorläufig noch nichts gesagt werden. Die Meinungen hierüber gehen auseinander. Ob sie noch vor Weihnachten abgeschlossen werden, ist nicht zu sagen.

Die Verhandlungen über die Privatschulden

W.B. Paris, 7. Dez. (Tel.) Mehrere Bankiers, die auf dem Wege nach Berlin zur Teilnahme an den Verhandlungen über die eingefrorenen Kredite Paris passieren, werden heute vormittag, wie „Journal“ meldet, eine erste Fühlungnahme haben. Es handelt sich um den Präsidenten der Chase-Bank, Wiggins, den englischen Finanzier Leards und den Generaldirektor der Bank française d'Acceptation, Belan. Sie treten gemeinsam im Verlaufe des Nachmittags die Reise nach Berlin an.

Dr. Pfrimer stellt sich dem Gericht

W.B. Wien, 7. Dez. (Tel.) Der Leiter des Heimwehr-Putschs vom September, und frühere Bundesführer der Heimwehr, Dr. Pfrimer, der nach dem mißglückten Putsch nach Jugoslawien geflüchtet war und sich von dort nach Deutschland gewandt hatte, ist heute unerwartet in Graz eingetroffen und hat sich dem Gericht gestellt. Er wurde in Haft genommen. Dr. Pfrimer dürfte in der vergangenen Nacht im Auto unerkannt die österreichische Grenze passiert haben. Der Prozeß gegen die Putschisten findet vor dem Grazer Landesgericht am 14. Dezember statt. Es dürfte aber kaum möglich sein, daß Dr. Pfrimer noch in diesen Prozeß einbezogen wird.

Pläne des österreichischen Heimatschutzes

In einer Versammlung des Heimatschutzes in Klagenfurt sprach der Wirtschaftsführer des Heimatschutzes, Petri, über die Idee eines „Heimatschillings“ (etwas ähnliches wie die in Deutschland vorgeschlagene „Wodenmark“).

Fürst Starckenberg betonte, daß die Heimatschutzpartei eine bewußt revolutionäre Partei sei und die Absicht habe, das gegenwärtige System zu stürzen und die Heimatschutzdiktatur aufzurichten. Auch stehe er auf dem Standpunkt, daß Österreich lebensfähig sei, und daß der Heimatschutz die Aufgabe habe, das deutsche Volk in Österreich solange zu erhalten, bis es in die Lage komme, über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Der Heimatschutz verstehe sich nicht zu dynastischen Ideen.

Volksabstimmungen in der Schweiz

In der schweizerischen Volksabstimmung wurde am Sonntag bei großer Beteiligung die Einführung einer allgemeinen und gleichen Alters- und Hinterlassenenversicherung mit rund 203 Stimmen Mehrheit verworfen. Für das Bundesgesetz agitierten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Bauernpartei, dagegen waren im allgemeinen die Konservativen und die katholische Schweiz.

Ferner wurden in der Volksabstimmung vom Sonntag für das Tabaksteuergesetz 423 565 Stimmen, gegen das Gesetz 424 741 Stimmen abgegeben. Somit ist die Tabaksteuererhöhung mit nur rund 1000 Stimmen Mehrheit ebenfalls verworfen.

Gandhi ist von Paris kommend, in Montreux eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Romain Rolland empfangen. Er wird während einiger Tage Gast von Romain Rolland in Villeneuve sein.

Letzte Nachrichten

Vor der neuen Notverordnung

Die abschließenden Arbeiten

M.B. Berlin, 7. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat heute vormittag die letzte redaktionelle Überarbeitung der Notverordnung begonnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß sie im Laufe des Tages abgeschlossen werden kann, so daß der Reichspräsident am späteren Abend seine Unterschrift geben und die Notverordnung dann in der Nacht in Druck gehen würde. Die Veröffentlichung dürfte erst in den Mittwochs-Frühblättern erfolgen, da der Reichszentralrat das Bedürfnis hat, nach der Übergabe der Verordnung an die Presse selbst das Wort im Rundfunk zu nehmen. Er will offenbar die große Bedeutung, die dieser Notverordnung zukommt, klarstellen; außerdem liegt es nahe, daß der Kanzler sich u. a. auch zur Verschärfung der politischen Situation äußert, die in den letzten Tagen ganz zweifellos eingetreten ist.

Wenn übrigens in einem Berliner Frühblatt aus dieser Verschärfung Krisengerüchte abgeleitet werden, so läßt sich nur feststellen, daß gutunterrichtete Kreise ganz anderer Auffassung sind. Schon die Tatsache, daß die Notverordnung mit aller Energie und ohne Zeitverlust in die Praxis umgesetzt werden soll, läßt darauf schließen, daß man in Kreisen der Reichsregierung von ganz anderen als Krisenstimmungen befreit ist. Natürlich läßt sich im Augenblick nicht übersehen, wie der Reichsrat nach der Veröffentlichung der Notverordnung evtl. über die Frage der Reichstagsberufung entscheiden wird.

Kommunistische Spionage

Entdeckung eines Kurzwellensenders bei Wien

M.B. Wien, 7. Dez. (Priv.-Tel.) Über eine geheime Spionagezentrale mit einem Kurzwellensender in Baden bei Wien bringen die Wiener Montagblätter ausführliche Berichte, denen u. a. zu entnehmen ist, daß man einer zweifachen internationalen kommunistischen Spionagezentrale, der bisher größten Europas, auf die Spur gekommen ist, die mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstet war, um unabhängig von Post und Telegraph mit ihren Hintermännern in Verbindung zu bleiben.

Aber die Namen der bisher Verhafteten kann noch nichts mit Bestimmtheit gesagt werden. Es steht nur fest, daß sie alle über sehr reichliche Geldmittel verfügten, die ihnen offenbar vom russischen Geheimdienst zugekommen sind. Die Staatspolizei hat sich im Laufe des Sonntags mit den ausländischen Polizeibehörden ins Einvernehmen gesetzt, um möglichst rasch die Identität der Verhafteten festzustellen. Es wurden bisher drei Männer und zwei Frauen verhaftet. Festgestellt wurde gestern auch, daß außer der Babener Anlage noch in Wiener-Neustadt eine Anlage errichtet wurde.

Die Gemeindevahlen in Württemberg

Das Ergebnis von Stuttgart

Das endgültige Wahlergebnis der Stuttgarter Stadtverordnetenwahl stellt sich, wenn man bei den Vergleichszahlen für die letzte Reichstagswahl die inzwischen erfolgten Gemeindevahlen von drei Vororten berücksichtigt, wie folgt: (Reihenfolge: Geistrige Wahl, letzte Reichstagswahl, letzte Stadtverordnetenwahl).

Kommunist.	Opposition	4 037	—	—
Christlich-Soz. Volksdienst	9 075	12 351	6 806	—
Sozialdemokraten	46 810	60 198	40 823	—
Zentrum	18 186	19 615	12 104	—
Deutschnationale	19 525	21 088	15 370	—
Frauenliste	4 760	—	—	—
Einheitsliste (Nat. Volksgemeinschaft, Demokraten, Deutsche Vot. u. Volksrechtspartei)	23 104	51 897	35 769	—
Nationalsozialisten	44 599	22 587	1 446	—
Kommunisten	37 803	38 414	14 885	—

Die Wahlbeteiligung betrug 78,37 Prozent.

Von den neu gewählten 30 Gemeinderatsmitgliedern entfallen auf die kommunistische Opposition 0, auf den Christl. Sozialen Volksd. 1, Sozialdemokraten 7, Zentrum 8, Deutschnationale 8, Frauenliste 0, Einheitsliste 3, Nationalsozialisten 7, Kommunisten 6 Mandate.

Das charakteristische Merkmal der Gemeinderatswahl ist das Anwachsen der Nationalsozialisten, die sich seit der letzten Reichstagswahl, also innerhalb Jahresfrist, fast verdoppelt haben, während die Parteien der Einheitsliste (Demokraten, Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei und Nationale Volksgemeinschaft) um mehr als die Hälfte zusammengeschmolzen sind. Die Sozialdemokratie hat sich als die stärkste Partei behauptet, aber ihre Stimmen sind um über 13 000 zurückgegangen, während die Kommunisten einschließlich der kommunistischen Opposition ihre Stimmzahl um rund 3000 erhöhen konnten.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen

Der schweizerische Bundesrat hat neuerlich einen Bericht über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland entgegengenommen und Instruktionen für die Fortsetzung der Verhandlungen festgelegt. Direktor Studt wird sich in den nächsten Tagen wieder nach Berlin begeben.

Die Verantwortung des Staatsbürgers

Ein Rundfunkvortrag des Reichsinnenministers

Reichsinnenminister Dr. Goerner sprach am Sonntag im Rundfunk über „die Verantwortung des Staatsbürgers“. Nach einem Überblick über die Entwicklung des Staatsbürgerbegriffs von den 70er Jahren bis zur Jetztzeit fuhr er fort:

Jeder einzelne Staatsbürger trage die Verantwortung dafür, daß der Volkswille nicht in Bahnen getrieben werde, wo es statt zur Zusammenfassung zur Auflösung der Volksträfte komme. Diesem Zustande müsse man begegnen, und zwar müsse die Verantwortlichkeit des Einzelnen gestärkt werden teils aus eigener Kraft, teils durch Einwirken des Staates. Weiter dürfe die Verantwortlichkeit der Partei nicht vom Einzelinteresse ausgehen, sondern vom Gesamtwohl im Sinne des Staatsbürgertums.

Die Verantwortlichkeit der Regierung müsse alle Volksgenossen umfassen. Der geistige Inhalt des Staatsbürgertums müsse von dem einzelnen auströmen als lebendige Kraft bis zur obersten Spitze der Regierung und müsse von dieser wieder zurückströmen bis zu jedem einzelnen. Diese Funktion sei in der heutigen Zeit gestört. Ihren normalen Lauf wiederherzustellen sei eine der wichtigsten Aufgaben für eine gesunde Entwicklung des Volksganzen. Pflicht der Regierung sei es zu handeln. Sie werde handeln, um fest und unberrt das notwendige Rettungswort fortzuführen. Ihre Verantwortungsbewußtheit gebe ihr die Kraft, auf ihrem Posten zu bleiben. Sie werde die Plinte nicht ins Korn werfen, vielmehr bis zum Letzten ausharren und alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen.

Die verantwortliche Regierung könne aber nicht durchgreifend helfen ohne die Unterstützung der deutschen Staatsbürger. Mit Bezug auf die kommenden neuen Notverordnungen erklärte der Minister, die Regierung habe ein Recht darauf, daß ihre verantwortungsbewußten Maßnahmen von den Staatsbürgern mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein aufgenommen würden. Nachdem der Redner noch als Vorbilder echten Staatsbürgertums Reichspräsident von Hindenburg und Reichszentralrat Dr. Brüning genannt hatte, schloß der Minister mit dem Wunsch, daß staatsbürgerliche Gesinnung wieder zum Allgemeingut des deutschen Volkes werden möge.

Tagung der süddeutschen Landwirtschaftskammern

Forderung nach sofortigen Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Landwirtschaft

Bei der täglich steigenden Not in den Bauernbetrieben hat die Badische Landwirtschaftskammer den beschleunigten Zusammentritt der süddeutschen Landwirtschaftskammern unter Beizug der süddeutschen Regierungen beantragt. Die Verhandlungen haben am Freitag, den 4. Dezember, in München stattgefunden. Vertreten waren sämtliche süddeutschen Kammern einschließlich Sachsen und von den Regierungen waren vertreten Bayern, Württemberg, Hessen und Sachsen.

Die Besprechungen haben — wie mitgeteilt wird — übereinstimmend ein erschreckendes Bild über die Lage in den süddeutschen Bauernbetrieben gezeichnet. Die Ursachen der katastrophalen Entwicklung sind überall die gleichen: Unangemessene gestiegene Zinssätze, Unmöglichkeit auch gegen erste Hypotheken Kreditmittel zu erhalten, beispielloser Zusammenbruch der Märkte derjenigen Produkte, die die Hauptertragsquelle der bäuerlichen Betriebe darstellen. Die süddeutschen Kammern haben sich deshalb den von dem geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. v. Engelberg, vertretenen Forderungen einstimmig angeschlossen und an die Reichsregierung telegraphisch folgendes Ersuchen gerichtet:

„Einführung von zeitlich befristeten Schutzmaßnahmen gegen rigorose Zugriffe der Gläubiger auf landwirtschaftliche Betriebe, die im Augenblick ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können.“

Ferner sind Mittel bereitzustellen für diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die kreditfähig und kreditwürdig sind und denen mit der Gewährung eines Kredits oder mit der Umschuldung kurzfristiger in langfristige Verbindlichkeiten geholfen werden könnte. Die nach dem 13. Juli von den gerade für die bäuerliche Kreditgewährung in Betracht kommenden Instituten eingestellte Kreditgewährung hat eine große Zahl von durchaus gesunden Bauernbetrieben außerstande gesetzt, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne daß im einzelnen von einer Verschuldung im eigentlichen Sinne die Rede sein kann. Häufig könnten hier die Schwierigkeiten mit einem geringfügigen Kredit überwunden werden. Nötigenfalls müßte für die Siedlung bereitgestellten Mittel vorübergehend für diesen Zweck freigegeben werden.

Von besonderer Bedeutung sind die Schulden, die die Landwirte bei ihren Genossenschaften haben. Durch den Zwang, der von der Zentralstelle, der Preußenkasse, ausgeht, sind die Genossenschaftsflächen gezwungen, in schärfster Weise auf die Eintreibung dieser Schulden hinzuwirken. Die süddeutschen Kammern verlangen deshalb, daß die Preußenkasse in die Lage versetzt wird, mit ihren Forderungen an die Genossenschaftsbanken stillzukommen.

Alle diese Maßnahmen könnten aber nur dann die Grundlage für eine Besserung im Bauernbetrieb schaffen, wenn endlich auch mit sofortiger Wirkung der langgestreckte Schutz der bäuerlichen Selbstproduktion gewährt werde. Die süddeutschen Kammern verlangen deshalb erneut einen ausreichenden Schutz dieser Produktionszweige und außerdem werden sofortige Maßnahmen für die vollkommen darniederliegende Wald- und Holzwirtschaft gefordert.

